

5. Dezember 2025

Stellungnahme Forum Getränkedose (FGD)¹
zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Umwelt,
Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
eines Gesetzes zur Anpassung des Verpackungsrechts und anderer
Rechtsbereiche an die Verordnung (EU) 2025/40

Wir begrüßen eine zeitnahe und damit planbare Umsetzung der Vorgaben der EU-Verpackungsverordnung (EU) 2025/40 in nationales Recht und das Ziel, die Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschonung und den Klimaschutz in Deutschland damit zu stärken. Aus unserer Sicht ist es jedoch notwendig, dass nationale Umsetzungen ökologische Wirkung statt Systempräferenzen in den Mittelpunkt stellen und Anreize für die Verbesserung aller Verpackungsmaterialien und -formaten schaffen.

Gebrauchte Aluminium-Getränkedosen sind kein Abfall, sondern wertvolle Ressourcen für neue Produkte. Mit der höchsten Recyclingrate aller Getränkeverpackungen in Deutschland von über 99%, einer Litteringrate von nur 0,03% und Aluminium als permanentes Material, das sich nahezu unendlich oft recyceln lässt, ist die Getränkedose teil eines nahezu komplett geschlossenen Kreislaufes.

Diese effiziente Kreislaufführung eines vermeintlichen Abfallproduktes ist darüber hinaus ein wesentlicher Treiber der Dekarbonisierung der Industrie und nicht zuletzt ein zentrales Instrument, um die Unabhängigkeit Deutschlands von Rohstoffimporten zu stärken. Gleichzeitig ist die Getränkedose ein wichtiger Wachstumsfaktor in Deutschland. Dank steigenden Absatzes wird entlang der gesamten Wertschöpfungskette der Getränkedose in den Wirtschaftsstandort Deutschland investiert – von der Abfüllung bis zum Recycling. Damit hat sich Deutschland dank immenser Investitionen als Hub für Getränkedosenrecycling etabliert.

¹ Das Forum Getränkedose (FGD) ist ein Zusammenschluss der größten Getränkedosenhersteller in Deutschland (Ardagh Metal Packagin, Ball Beverage Packaging und Crown Bevcn EMEA). Wir sind Ansprechpartner für Politik und Öffentlichkeit und setzen uns für Fortschritt und Kreislaufwirtschaft in der deutschen Getränkeverpackungsindustrie ein. FGD ist Teil von Metal Packaging Europe (MPE). MPE vereint Hersteller von starren Metallverpackungen, Zulieferer und nationale Verbände und ist die Stimme der europäischen Metallverpackungsindustrie.

Zu § 1 Abs 3: FGD lehnt starre Mehrwegquote von 70 Prozent ab

Neueste wissenschaftliche Studien² zeigen eindeutig, dass sowohl Mehrweg als auch die Getränkedose jeweils ihre ökologischen Vorteile haben – sowohl bezogen auf den CO₂-Abdruck als auch auf Materialverluste. Je nach Anwendungsbereich hat die Getränkedose sogar eine bessere Ökobilanz als Mehrweg. Trotzdem lässt der Referentenentwurf die Mehrwegzielquote von 70 Prozent unberührt: „Ziel ist es, einen Anteil von in wiederverwendbaren Getränkeverpackungen abgefüllten Getränken in Höhe von mindestens 70 Prozent zu erreichen“ (§ 1 Abs. 3).

Damit stellt diese Vorgabe eine starre systembezogene Zielmarke dar, die sich nicht an den tatsächlichen ökologischen Leistungen unterschiedlicher Verpackungssysteme orientiert. Die Umweltwirkung einer Getränkeverpackung hängt unter anderem von Faktoren wie Transportentfernung, Kreislaufführungsfaktor, Rezyklatanteil, Reinigungssaufwand, Umlaufzahlen, Bruch- und Verlustquoten und Rückführungslogistik ab. Starre Mehrwegquoten ignorieren diese Faktoren.

Außerdem ist die im Verpackungsgesetz formulierte Mehrwegquote von 70 Prozent für Getränkeverpackungen nicht in der EU-Verpackungsverordnung (PPWR) enthalten. Die PPWR setzt stattdessen auf eine 10-Prozent-Quote. Das nationale Festhalten an der 70 Prozent Mehrwegquote würde über die europäischen Vorgaben hinausgehen und könnte bestehende, gut funktionierende Systeme unnötig einschränken.

Eine Quote, die per Definition Mehrweg bevorzugt, benachteiligt nachweislich nachhaltige Einwegsysteme, ohne einen ökologischen Mehrwert zu erzielen. Daher lehnen wir als FGD eine 70 Prozent Mehrwegquote ab und schlagen eine Streichung der Quote oder aber eine definitorische Ausweitung der Quote auf ökologisch vorteilhafte Getränkeverpackungen wie die Getränkedose vor.

Zu § 24-28: Keine finanzielle und institutionelle Bevorzugung von Mehrwegsystemen gegenüber Einweg-Kreislaufsystemen

Die geplante Gründung einer zusätzlichen Organisation zur Reduzierung und Prävention von Verpackungsmüll (§§ 24–28) und die dafür vorgesehen Abgaben zu Lasten der Privatwirtschaft sollten vollständig gestrichen werden. Sie steht im Widerspruch zum

² Kauertz, B. (2024). *Die Ökobilanzielle Bewertung von Getränkedosen*. Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu).

Kauertz, B. (2025). *Kreislaufführungsfaktoren für die Umweltbewertung von Getränkeverpackungen*. Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu).

erklärten Ziel der Bundesregierung, Verwaltungsabläufe zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen. Auch geht dieser Vorschlag weit über die Regulierung in der PPWR hinaus. Hier heißt es lediglich: „Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Regime der erweiterten Herstellerverantwortung und Pfand- und Rücknahmesysteme einen Mindestanteil ihres Budgets der Finanzierung von Reduzierungs- und Präventionsmaßnahmen zuteilen“ (§ 51 Abs. 3). Eine Verpflichtung zur Gründung einer neuen Organisation oder zur Festlegung eines zusätzlichen staatlichen Finanzierungsbeitrags ergibt sich daraus nicht. Darüber hinaus ist die vorgesehene Abgabe von fünf Euro pro Tonne deutlich überhöht und würde die betroffenen Unternehmen finanziell stark belasten.

Außerdem werden durch das Vorhaben der Gründung einer zusätzlichen Organisation zur Reduzierung und Prävention von Verpackungsmüll Mehrwegsysteme finanziell und institutionell gegenüber Getränkedosen bevorzugt. Diese Bevorzugung setzt aus unserer Sicht die falschen Anreize, da der fast geschlossenen Materialkreislauf der Getränkedose ökologisch gleichwertige und bessere Ergebnisse erzielen kann als Mehrwegsysteme. Vielmehr sollte das Ziel sein, alle Verpackungsmaterialien und -systeme weiter zu optimieren.

Wenn der nationale Gesetzgeber Mehrweg strukturell fördert, während er etablierte hochwertige Einweg-Recyclingsysteme ausschließlich mit Pflichten und Abgaben belegt, entsteht eine ökologisch, wirtschaftlich und sozial nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung.

Forderung nach ökologischer Wirkung als Leitlinie

FGD unterstützt die Ziele einer zukunftsfähigen Verpackungspolitik, warnt jedoch vor einer systematischen Bevorzugung von Mehrweg, die ökologisch und europarechtlich nicht geboten und wissenschaftlich nicht haltbar ist und zudem Wachstum in einem florierenden Sektor entgegenwirkt. Eine moderne Verpackungspolitik orientiert sich an Ressourceneffizienz und realer Umweltwirkung. Aluminium-Getränkedosen als Blaupause für zirkuläres Wirtschaften erfüllen diese Anforderungen bereits heute. Eine ausgewogene, wissenschaftsbasierte Regulierung fördert nicht das Behältersystem, sondern das beste ökologische Gesamtergebnis. Eine zukunftsfähige Verpackungspolitik sollte daher auf Maßnahmen und Anreize setzen, die konsequent auf die Optimierung aller Verpackungsmaterialien und -systeme abzielt.